№ 117. Dienstag, den 24. Mai. 1859.

Abonnementspreis: Jährlich: 5 Thlr. 10 Ngr. in Sachsen. Halbjährl.: 1 „ 20 „ „ Monatlich in Dresden: 15 Ngr. Einzelne Nummern: 1 Ngr. } Im Auslande mit Post- und Stempelaufschlag binnen.

Inseratenpreis: Für den Raum einer gespaltenen Zeile: 1 Ngr. Unter „Eingesandt" die Zeile: 2 Ngr.

Erscheinen Täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, Abends für den folgenden Tag.

Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redacteur: J. G. Hartmann.

Inseratenannahme auswärts: Leipzig: Fr. Reinhardt's Comm. des Dresdner Journals; ebendaselbst: H. Hübner; Altona: Hasenstein & Vogler; Berlin: Gaertner'sche Buchh., Retemeyer's Bureau; Bremen: F. Schlotte; Frankfurt a. M.: Jaeger'sche Buchhandl.; Hannover: Mecklenbeuker's Bureau; Köln: Apotheker Bädeker; Paris: v. Löwenfels (28, rue des bons enfans); Prag: Fr. Ehrlich's Buchhandlung.

Herausgeber: Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Marienstrasse Nr. 7.

Nichtamtlicher Theil.

Uebersicht.

Telegraphische Nachrichten.
Zeitungsschau. (Allgemeine Ztg. — Neue Preußische Zeitung.)
Tagesgeschichte. Dresden: Vom Landtage. — Wien: Der Tod des Grafen Jellachich. General v. Willisen. Vermehrung der Armee. Berichtigung. — Berlin: Vom Hofe. Die Kaiserin von Rußland erwartet. Graf Münster geht nicht nach St. Petersburg. — Magdeburg: Keine Darlehnskassen. — Aus Bayern: Die Sendung des preußischen Generals v. Alvensleben. — Stuttgart: Handelsstockung. Lebensmittelausfuhr. — Bremen: Conferenz amerikanischer Consuln. — Paris: Die Budgetdebatte. Geschäftsbericht der Altersrentenbank. Metzger nach Genua. Vermehrung der Armee. Verständigung Roms mit Sardinien. Abänderung der Marseillaise. Vermischtes. — Lugano: Antipathie der Italiener gegen die Franzosen. — Florenz: Französischer Handelsschutz. — Madrid: Vom Hofe. Collante's Proceß. — London: Williams of Kars nach Canada. Nachrichten aus Malta. Der Bella-Canal. — Jassy: Ministerkrisis. — Alexandrien: Die Suezcanalangelegenheit. — Bombay: Dschidschibhoy †.
Vom Kriegsschauplatze.
Dresdner Nachrichten.
Provinzialnachrichten.
Wissenschaft, Kunst und Literatur.
Statistik und Volkswirthschaft.
Sächsische Bäder.
Inserate. Tageskalender. Börsennachrichten.

Telegraphische Nachrichten.

Antwerpen, Sonntag, 22. Mai, Abends 6 Uhr. Ihre königlichen Hoheiten Prinz und Prinzessin Georg von Sachsen sind von London glücklich hier angelangt und sofort nach Brüssel abgereist.

Bern, Sonntag, 22. Mai. Die Oesterreicher halten Novara besetzt. Ihr Rückmarsch auf Pavia und Piacenza geschieht vollkommen ordnungsmäßig.

Garibaldi, der bereits am 20. Mai mit 4000 Mann in Romagnano eingerückt war, soll in Arona eingetroffen sein und von dort aus gegen Laveno (den österreichischen Kriegshafen am Lagomaggiore) operiren.

Der „Kölner Ztg." wird aus Bern unterm 22. Mai gemeldet: Der Bundesrath hat infolge Nachrichten vom Kriegsschauplatze Verstärkung nach dem Canton Tessin geschickt. Dieselbe besteht in einem Bataillon Infanterie und drei Compagnien Scharfschützen. Ein Brigadestab ist nach Genf aufgeboten worden.

Turin, Sonntag, 22. Mai. (Tel. d. Wes.-Z.) Um sich des linken Brückenkopfes der Brücke von Vercelli zu bemächtigen und den Bau einer zweiten Brücke über die Sesia zu decken, schickte General Cialdini zwei Colonnen über den Fluß. Eine Colonne, welche durch eine Furt in der Gegend von Albano über die Sesia gegangen war, wurde von einer starken österreichischen Truppenmacht angegriffen. Es fand ein lebhafter Kampf bei Billata statt. Der Feind wurde geworfen. Die Unsrigen haben sich in Borgo-Vercelli festgesetzt. Die zweite Colonne, die bei Capuccini-Vecchi über die Sesia gegangen war, hat zwei feindliche Compagnien überrascht. Unser Verlust ist gering, der des Feindes bedeutend.

Dresden, 23. Mai.

Die Augsburger „Allgemeine Zeitung" bringt einen Artikel über die „Stellung Bayerns in Deutschland", worin sie gegenüber den von der Berliner „Nat.-Ztg." ausgesprochenen und dann sofort von der Pariser Presse reproducirten Verdächtigungen der Motive für die patriotische, anti-französische Haltung der öffentlichen Meinung in München und ganz Bayern, als sei dieselbe nämlich „auf den Einfluß des Hofs und die Intriguen der ultramontanen Partei zurückzuführen", die einfachen, zu Tage liegenden Ursachen der in Bayern herrschenden Stimmung erörtert. Es wird daran erinnert, daß der erste Anstoß zur gewaltigen Bewegung der öffentlichen Meinung in Süddeutschland von den erwählten Vertretern des Volkes ausging, die mit dem damals regierenden Cabinete im ausgesprochensten Zerwürfniß lebten. Diese eine Thatsache belege, daß weder die Regierung, noch die Ultramontanen die Ursache derselben gewesen sein können, denn die ultramontane Partei in der Kammer bestand aus einer kaum zu nennenden Minorität. Erst nach langem Zögern habe der in solchen Entschlüssen sehr bedursame Monarch dieses Ministerium geopfert, welches die ersten Anträge der Kammer, bezüglich des Pferdeausfuhrverbots, als nicht dringlich abzuweisen versuchte. Würden so die Räthe der Krone gehandelt haben, wenn die Agitation das einseitige Werk des Hofs oder einer Faction wäre? Es habe aber auch gar keines künstlichen Anstoßes bedurft, um jenes Auftreten der Kammer und den Wiederhall desselben in der öffentlichen Meinung zu erklären. Beides resultire aus Gründen, die der äußern wie der innern Lage Bayerns entspringen. Ein sehr werthvoller Besitz Bayerns, die Rheinpfalz, liege westlich des Rheins, bilde also gerade einen Theil des Gebiets, das zu erringen der 2. December sich als Aufgabe gesetzt. War man überzeugt, daß überhaupt für die westdeutschen Länder Gefahr drohte, so mußte natürlich in keinem deutschen Lande die Gefahr drastischer empfunden werden als gerade in Bayern. Daß Preußen weit eher im Stande ist, mit seinen 17 Millionen die vortrefflich befestigten, durch die Terrainverhältnisse gegen Angriffe sehr geschützten Rheinlande wider Frankreich zu vertheidigen, als Bayern mit 4½ Millionen die außer dem unvortheilhaft gelegenen Germersheim offene Rheinpfalz (Landau sei keine Festung, die zu einer intensiven und offensiven Vertheidigung befähige), bedürfe keines Beweises. Es frage sich also nur, ob eine Gefahr für die Rheinlande vorhanden. Dies werde wohl heute selbst ein „Friedensnarr" nicht mehr zu verneinen wagen. Daß man nicht einen gewaltigen Krieg beginnt, Ströme von Blut und Millionen opfert aus bloßer Sympathie für die Unabhängigkeit der Italiener, das fühlte der gesunde Volkssinn auf den ersten Blick heraus, weil er sich eben nicht an die kaiserlichen Worte hielt, sondern sich vom allgemeinen Eindruck der Thaten des 2. December leiten ließ. Verwandschaftliche Beziehungen zwischen den Höfen von Wien und München trügen auch dazu bei, das seinem Fürstenhause sehr ergebene bayrische Volk mit Antipathien gegen den Feind Oesterreichs zu erfüllen. Das rege Verfassungsleben Bayerns befestige den nationalen Sinn und das sehr ausgebildete deutsche Nationalgefühl, das mit dadurch wesentlich gefördert werde, daß alle Theile Bayerns dem Deutschen Bund angehören, unter den Vertretern des Landes nur Deutsche tagen, müsse sich natürlich in der Kammer, wie in der öffentlichen Meinung sehr deutlich spiegeln, deutlicher als dies in Preußen möglich sei. Preußen könne in dieser sowie in mancher andern Beziehung, namentlich was die Entfaltung des deutschen Geistes in Kunst und Wissenschaft betreffe, nicht mehr den Einfluß, wie früher, in Süddeutschland behaupten. Das, worin factisch das preußische Uebergewicht noch heute bestehe, die Militärverfassung, erkenne man in Bayern auf das Bereitwilligste an. Man erkenne an, daß Preußen unter allen deutschen Staaten die vergleichungsweise schlagfertigste und zahlreichste Armee besitze. Bayern könne nur etwa 2½ Procent seiner Einwohner unter die Waffen stellen, und Preußen 3½, ja in extremen Fällen wohl 4½ Procent. Aber was nütze das Bayern in einem Weltkampfe, wie dem gegenwärtigen? Bayern habe zunächst nichts als die Pfalz zu schützen, die allerdings sehr gefährdet sei, aber Preußen müsse doch, außer an den Rhein, auch an seine übrigen Grenzen denken. Sollte nicht bei der drohenden Gefahr eines Conflicts mit Rußland dadurch das Mehr der preußischen Wehrkraft nur zu sehr gebunden werden? Das sei eine sehr gewichtige Frage. Süddeutschland, speciell die bayersche Pfalz, müsse also seinen Hauptschutz von seinen eignen Waffen und nächstdem von Oesterreich erwarten. Ohnehin sei Preußen mehr als Oesterreich von Rußland bedroht. Es möge mehr Erbitterung des Hofes gegen das Wiener Cabinet herrschen, aber in solchen Fällen, sobald es sich um die Action handelt, geben die Interessen den Ausschlag. Rußland könne Oesterreich seine Stellung in Siebenbürgen und Ungarn nicht rauben, und Galizien bilde kein Object, das großer Anstrengung werth sei und das man dauernd gegen Oesterreich halten könne. Nie habe sich auch der russische Ehrgeiz dieses Ziel gesetzt. Was Rußland suchen müsse, sei eine Ausgleichung für seine Niederlage im Orient, und diese wäre vor Allem eine maritime. Die Ausgleichung dafür böten allein die preußischen Ostseeprovinzen, die nicht deutsches Bundesland sind. Man wisse, daß diese Verhältnisse in den franco-russischen Unterhandlungen zur Sprache gekommen seien. Wie an der Ostsee die preußischen und die russischen Interessen sich gegenüber stehen, könne selbst das blödeste Auge erkennen. Oesterreich habe also in einem Weltconflict thatsächlich sehr wenig Verlust von Osten her zu fürchten, das einzige Angriffsobject könnte es für den Augenblick aufgeben. Preußen sei dagegen von Rußland in einem Weltkampfe in einer der Hauptquellen seiner Macht bedroht. Warum ereifere man sich denn überhaupt noch in Berlin über diese wirklich großartige Haltung der deutschen Kleinstaaten? Seit Preußen rüstet, fordere man ja Nichts mehr von ihm, wie man im Augenblick der That sicher damit zufrieden sei, daß Preußen seine Interessen voranstellt und lediglich sie berücksichtigt. Wenn in Süddeutschland die Ursache der Bewegung die war, daß vorherrschend Süddeutschland bedroht, daß man der Gefahr nur durch eigene Anstrengungen begegnen könne, da Preußen weitaus größere und vielseitigere Interessen zu vertheidigen habe, so folge daraus, daß man eben von Preußen für Süddeutschlands speciellen Schutz keine Opfer verlangt. Gewiß wäre man in Berlin berechtigt, Süddeutschland Vorwürfe zu machen, wenn die Opferbereitwilligkeit hinter der Größe der Gefahr zurückbliebe. Aber dem sei nicht so. Man frage nur nach in Baden, in Württemberg, in Bayern, ob man säumt, sich für die Entscheidung zu rüsten. In Bayern sei man jedenfalls zu jedem Opfer bereit. „Ueber die neueste Verwickelung in Frankfurt — schließt der Aufsatz —, über die factisch von Preußen ausgesprochene Zerreißung der Bundesacte, was die Herren Simson und Vincke „das Steifen aufs Bundesrecht" nannten, wollen wir hier schweigen. Zwar liegen uns nur zu viele klar sprechende Beweise vor, wohin die Partei, welche Nichts vergessen und Nichts gelernt hat, die preußische Regierung treiben möchte; aber wir hoffen zu Gott und zu dem Genius Deutschlands, daß ein schon zwei Mal erhobener Versuch nicht zum dritten Male erneuert werde."

In der „Neuen Preußischen Zeitung" wird in einem, den letzten Landtag betreffenden Artikel die Frage aufgestellt: ob das preußische Cabinet für seine Haltung in dem anbrechenden Weltconflict wirklich einen festen und sichern Plan habe? „Wir können es nur billigen," — schreibt das genannte Blatt weiter — „daß auch der Landesvertretung blos discrete Mittheilungen gemacht worden sind. Was wir aber nicht verstehen, und was wir als überaus bedenklich bezeichnen müssen, das ist der Umstand, daß jener preußische Plan bis jetzt auch den deutschen Cabineten vorenthalten zu sein scheint, und daß diese daran die Besorgniß zu knüpfen beginnen, als gebreche es entweder der Politik Preußens bis dahin selbst noch an einem definitiven Entschluß, oder als sei dieser Entschluß nicht von der Art, um den deutschen Bundesgenossen ohne Bedenken vorgelegt werden zu können. Fern sei es dabei von uns, jene Besorgniß der deutschen Cabinete als eine begründete zu bezeichnen; doch können wir nicht umhin, dieselbe eine verzeihliche zu nennen — verzeihlich, weil wir vergeblich nach einem Grunde gesucht, um jene Zurückhaltung des preußischen Cabinets den andern deutschen Cabineten gegenüber zu rechtfertigen; verzeihlich, weil auch die Thaten Preußens bis dahin noch nicht von der Art sind, um nur eine befriedigende Auslegung zu gestatten." Das Blatt führt weiter aus, man möge sich preußischerseits noch immer der trügerischen Hoffnung und Täuschung hingeben, als könne man für die preußische Politik bei England und Rußland den nöthigen Rückhalt finden. England habe inzwischen die unbedingte Neutralität seiner Baumwollenpolitik proclamirt, während die Politik Rußlands kaum eine andere sein dürfte, als die, allerdings nicht in förmlicher Allianz, doch aber in der Gemeinschaft der Interessen mit Frankreich zu handeln, sein eignes actives Eingreifen in die europäische Politik und seine kriegerische Action möglichst weit hinaus zu schieben und inzwischen die möglichst größten Vortheile mit den möglichst kleinsten Opfern zu erzielen. Ins Politische übersetzt, wolle das ungefähr sagen, daß Rußland Oesterreich seine Neutralität um einen möglichst hohen Preis verkaufen und gleichzeitig versuchen wird, Preußen in der Neutralität festzuhalten. Es würde hiermit sich selbst und Frankreich den besten Dienst leisten, den es augenblicklich zu leisten vermag. Die inzwischen erfolgte Entlassung des Grafen Buol bestätige, daß Oesterreich um jeden Preis eine Verständigung mit Rußland suche. Möchte Preußen nicht so lange warten, bis Oesterreich eine weitere Verständigung mit ihm für überflüssig hält. So unabweislich und patriotisch es daher auch sei, die Politik Preußens gegen jedes Bestimmtwerden durch Bundesmajoritätsbeschlüsse zu verwahren: — man dürfe sich doch nicht darüber täuschen, daß die Möglichkeit des Zuwartens wie überall, so auch hier ihre Grenzen hat. Man müsse militärisch wie diplomatisch diejenige Stellung einnehmen, ohne welche die Bemühungen und Opfer Preußens umsonst zu sein schienen. Zuerst militärisch. Solle die erfolgte Kriegsbereitschaft Zweck und Bedeutung haben, so sei diese nur darin zu finden, daß man dem kriegsbereiten Theile der Armee eine Position anweist, die über den Zweck ihrer Verwendung keinen Zweifel läßt und welche zugleich die militärische Action des außerösterreichischen Deutschlands gleichmäßig schützt und beherrscht. Nicht minder wichtig aber sei die diplomatische Seite. Die Führung des Krieges könne man localisiren: die sei es schon vom selbst; aber wer sei im Stande, die Wirkungen zu localisiren? Sei dies aber unwidersprechlich, was solle es dann noch heißen, den Kriegsfall von irgend etwas Aeußerlichem, etwa von der Ueberschreitung der lombardischen Grenze oder der Mincio-Linie abhängig zu machen! Mit der Proclamation, in welcher der Napoleonide die Verträge von 1815 zerrissen und mit Oesterreich auch Deutschland aus Italien verwiesen, — mit dieser Proclamation habe der Kaiser der Franzosen den Rubicon überschritten, welcher das legitime und das revolutionäre Europa trennt, und die nächste Aufgabe Preußens müsse es sein, den Verfasser jener Proclamation zuerst diplomatisch, und wenn dies nicht gelingen will, sofort militärisch über jene Grenze zurückzuwerfen. Eine Versäumniß auf diesem Punkte dürfte eine unwiederbringliche sein. So die „Neue Preußische Zeitung." Wir machen zu ihrem Aufsatze nur die Bemerkung, wie seltsam es sich ausnimmt, wenn die Proclamation des Kaisers von Frankreich, in der die Verträge von 1815 zerrissen, als dringender Grund einer kräftigen Gegenaction Preußens hingestellt wird, während wenige Zeilen vorher es als „unabweislich" und „patriotisch" bezeichnet wird, daß Preußen die Bundesacte von 1815, einen so wichtigen Theil jener großen Verträge, nicht beachte!

Tagesgeschichte.

Dresden, 23. Mai. Die auf heute zu einem außerordentlichen Landtage einberufenen Ständekammern werden morgen ihre ersten vorbereitenden Sitzungen halten. Die I. Kammer — zu deren Präsidenten Se. Majestät den Rittergutsbesitzer Herrn Major v. Schönfels auf Reuth wiederum zu ernennen geruht hat — wird in der ihrigen die Candidaten für die Stelle des Vicepräsidenten, die II. Kammer die für die Stelle des Präsidenten und des Vicepräsidenten wählen. Die feierliche Eröffnung des Landtags wird Mittwoch (25. Mai) im königlichen Schlosse durch Se. Majestät den König vollzogen werden und derselben Vormittags ½9 Uhr ein Gottesdienst in der evangelischen Hofkirche vorangehen, wobei Herr Oberhofprediger Dr. Liebner die Predigt halten wird.

Wien, 22. Mai. Die „Wien. Ztg." begleitet die Nachricht von dem Ableben des Banus Grafen Jellachich mit folgenden Worten: Erinnern wir uns nochmals der verhängnißvollen Umstände, unter denen Graf Jellachich im Jahre 1848 die Leitung Croatiens übernahm. Sagen wir es uns, wiederholen wir es uns, vergessen wir es nie und halten wir es uns immer vor, wie er nur in seiner unwandelbaren, in der wärmsten Treue für seinen kaiserlichen Herrn das sichere Urtheil, die rasche Entschlossenheit, die Kühnheit im Handeln finden konnte, die jene Umstände erforderten, die ihm zum Ruhme wurden und ihn in die Tafelrunde unsers ritterlichen Monarchen riefen!

— Der in außerordentlicher Mission hier weilende königl. preußische General v. Willisen, dessen Abreise bereits zum 19. Mai bestimmt war, wurde, wie die „Oest. Ztg." meldet, infolge aus Berlin eingelangter wichtiger Depeschen veranlaßt, seinen Aufenthalt zu verlängern. In den letzten Tagen hatte derselbe mit hochgestellten Persönlichkeiten Conferenzen. Dem Vernehmen nach dürfte der General v. Willisen übermorgen nach Berlin zurückkehren. Man knüpft an die Anwesenheit des Generals die gegründete Hoffnung, daß mehrere, Deutschland jetzt bewegende Fragen zum gütlichen Austrage gelangen werden.

— Wie man der „Fr. Pzt." schreibt, wird die k. k. Armee abermals vermehrt werden, und zwar durch 62 Bataillone Infanterie, 5 neue Jägerbataillone und 35 Batterien. Die Gesammtstärke derselben wird dann 940,000 Mann betragen.

— Die von der „Mil.-Ztg." mitgetheilte Nachricht von einem Schreiben des Kaisers von Rußland an seinen Schwager, den Prinzen von Hessen, k. k. Brigadegeneral, entbehrt — wie die „Ostd. Post" aus competenter Quelle hört — jedweder Begründung.

Berlin, 22. Mai. (Pr. Z.) Ihre Majestäten der König und die Königin werden, nach den neuesten Bestimmungen, am Dienstag Charlottenburg verlassen und Allerhöchstsich nach Schloß Sanssouci begeben. Später gedenken Ihre Majestäten, dem Vernehmen nach, Ihren Sommeraufenthalt im Schlosse Erdmannsdorf zu nehmen. — Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Friedrich Wilhelm ist gestern im besten Wohlsein bei der englischen Königsfamilie eingetroffen. Die hohe Frau wird bis zum 2. Juni am englischen Hofe zum Besuche verweilen und dann die Rückreise nach Berlin antreten. — Ihre Majestät die Kaiserin-Mutter von Rußland wird, nach den neuesten hier eingegangenen Nachrichten, am 15. Juni St. Petersburg verlassen und auf dem Landwege die Reise nach Berlin antreten. Die hohe Verwandte unsers Königshauses beabsichtigt einige Tage am hiesigen Hofe zum Besuche zu verweilen und dann sich zu einer mehrwöchentlichen Cur nach Bad Ems zu begeben. — Die Nachricht, welche verschiedene Blätter gebracht haben, daß der Oberst Graf v. Münster-Meinhövel mit einer Mission an den Hof von St. Petersburg beauftragt werden und bereits nach der russischen Hauptstadt abgereist sei, bedarf der Berichtigung. Wie wir aus zuverlässiger Quelle vernehmen, ist die Mission des Grafen aufgeschoben worden.

Magdeburg, 20. Mai. Die Deputation der hiesigen Kaufmannsältesten, schreibt die „M. Z.", ist aus Berlin zurückgekehrt, nachdem sie bei den Ministern des Handels und der Finanzen Audienzen gehabt hatte. Beide Minister erklärten, die Errichtung von Darlehnskassen unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht befürworten zu können, dagegen ist eine Suspension der gesetzlichen Beschränkungen des Zinsfußes mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten.

Aus Bayern, 21. Mai. (Pz.) Nach einem Schreiben aus München von guter Hand hat die Sendung des preußischen Generalmajors v. Alvensleben hauptsächlich zum Zwecke gehabt, die bayrische Regierung zu bestimmen, keine Schritte zu thun, welche die Dinge innerhalb oder außerhalb des Bundestags weiter führen könnten, als es zur Zeit dem preußischen Cabinet genehm wäre. Dieser Auftrag war, wie sich der Verfasser des Briefes ausdrückt, „garnirt" mit einer Darlegung der preußischen Politik und der guten Absichten Preußens zur Wahrung der deutschen Interessen. Es soll dabei angedeutet worden sein, daß Preußen sich durch ein einseitiges Vorgehen der Mittelstaaten in keiner Weise werde bestimmen lassen, etwas zu thun, was es der Lage der Dinge nicht für angemessen erachte. Außerdem war Herr v. Alvensleben noch beauftragt, über gewisse eventuell zu ergreifende militärische Maßregeln mit der bayrischen und wahrscheinlich auch mit andern süddeutschen Regierungen in Berathung zu treten. Die Antwort, welche unsre Regierung dem preußischen Abgesandten ertheilte, ist noch nicht genau bekannt; doch wird man nicht irren, wenn man annimmt, daß sie sich in keiner Beziehung gebunden, sondern nach dem Vorgange der preußischen Regierung sich die „Freiheit des Handelns" vorbehalten hat. Wenn hier die preußische Politik schon früher keine Bewunderer gefunden hat, so waren die neuesten Phasen derselben noch weniger geeignet, ihr solche zuzuführen. Selbst Männer, welche seit vielen Jahren als warme Anhänger Preußens bekannt sind, mißbilligen das neueste Auftreten desselben, weil es allem Anschein nach dahin abzielt, sich eine Art Dictatur über Deutschland zu sichern. Man würde dieses Bestreben hier leichter übersehen, wenn man nicht auf der andern Seite in Berlin eine so große Scheu an den Tag legte, Etwas zu thun, was den Gewalthaber in Frankreich unangenehm berühren könnte. Wenn die Franzosen, wie alle Nachrichten melden, an der deutschen Grenze ein Beobachtungsheer aufstellen, so findet man es hier mehr als rücksichtsvoll, daß man preußischerseits aus Besorgniß, die strenge Neutralität zu verletzen, Bedenken trägt, ein Gleiches zu thun.

Stuttgart, 20. Mai. (W.-Z.) Die Stockung im Handel und Gewerbe macht sich bei uns überall aufs Empfindlichste geltend. Hunderte von Arbeitern werden entlassen; viele Fabriken haben ihren Betrieb gänzlich eingestellt, andere arbeiten wöchentlich blos noch einen oder zwei Tage. Daß auch der projectirte Bau der Eisenbahnen, namentlich der Bau durch das fruchtreiche Remsthal, wieder auf eine unsichere Zukunft hat verschoben werden müssen, hat die Gemüther des Volkes sehr verstimmt. Dasselbe verlangt einhellig, daß das festvereinte Deutschland rasch und kräftig mit den Waffen in der Hand dem verderblichen Zustande der Gegenwart ein Ende mache und Europa den Frieden diktire. — Das Württemberg ein Ausfuhrverbot von Schlachtvieh, Pulver und Hafer erlassen hat, habe ich Ihnen gemeldet. Allgemein verlangt man aber ein Ausfuhrverbot aller Lebensmittel. Wenn nun auch kein lebendes Schlachtvieh mehr ausgeführt wird, so hindert das erlassene Verbot nicht, daß nicht ganze Ochsenviertel, Schinken, Zungen, Schlachtbraten u. s. w. zu hohen Preisen massenhaft nach